

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Tim Golke,
Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Die Freie und Hansestadt Hamburg darf nicht länger als Immobilienspekulant agieren

Es ist ein Skandal, dass sich eine beachtliche Anzahl von Gebäuden, die teilweise seit Jahren leer stehen, im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg befindet. Nach Angaben des Senats betrifft dies etwa 200 städtische Objekte, verteilt über das gesamte Stadtgebiet. (Drs. 20/2691)

Es ist eine Tatsache, dass in Hamburg der Bedarf an bezahlbaren Flächen, sei es für Wohn- und Gewerbenutzung oder für Sozial-, Bildungs- oder Kultureinrichtungen, bei Weitem nicht gedeckt ist.

Gleichzeitig stehen derart viele städtische Gebäude ungenutzt leer.

Hier drängt sich die Frage auf: Spekuliert die Stadt mit ihren Immobilien?

Um dieses skandalöse Missverhältnis zu beheben, ist die Hansestadt angehalten, den Umgang mit ihren öffentlichen Gebäuden grundlegend zu überdenken und zu verändern.

Als erster Schritt könnte hier ein Vorschlag des Kreativwirtschaftsberichts 2012 dienen. Unter der Überschrift „Leerstand temporär und langfristig verfügbar machen“ wird auf Seite 152 vorgeschlagen: „Kein verkehrssicheres Objekt im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg soll länger als ein Jahr leer stehen, ohne für Zwischennutzung angeboten zu werden.“ Weiter heißt es: „Auch die langfristige Entwicklung größerer Immobilieneinheiten und Areale für ausdifferenzierte, schnittstellenfördernde Nutzung durch Kreativwirtschaft mit begleitenden Angeboten ist anzustreben.“

Die temporäre Nutzung öffentlicher Gebäude für kulturelle Zwecke, die sich am Bedarf in den Stadtteilen orientiert, wäre ein erster Schritt zu einer am Gemeinwohl orientierten Verwaltung städtischer Flächen.

In der Drs. 20/2691 gibt der Senat an, dass der Leerstand in Gebäuden im städtischem Besitz rund 90.000 Quadratmeter beträgt. Die gesamte leer stehende Nutzfläche an Büro- und Gewerbeimmobilien bei der SAGA GWG beträgt 15.394 m². Davon stehen 68 Prozent seit 2010 und etwa 12 Prozent länger als 2007 leer. „Die durchschnittliche Dauer des städtischen Büro- und Gewerbeflächenleerstands beträgt circa 36 Monate.“ (Drs. 20/2691)

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. den Leerstand von Immobilieneinheiten im öffentlichen Besitz zu beenden. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat leer stehende Gebäude in ihrem Besitz sowie die entsprechenden Planungen konkret zu benennen;

2. bis zum 1. Oktober 2012 einen Plan vorzulegen, wie die leer stehenden Gebäude im Besitz der Stadt einer Nutzung zugeführt werden können;
3. verkehrssichere Gebäude im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg nach spätestens einem Jahr Leerstand zur Zwischennutzung freizugeben.